

Hauptausschuß

Neudruck

Protokoll

13. Sitzung (nicht öffentlich)

18. April 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 12.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, die in der gemeinsamen Erklärung mit dem Hauptausschuß des Landtags Brandenburg festgelegte Kommission im Verhältnis von 3 : 2 : 1 : 1 zu besetzen, und beschließt einstimmig, vom 6. bis 12. Oktober 1991 eine Informationsreise "Film" nach Warschau und Prag durchzuführen.

Seite**1 Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen**

2

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/1364

Der Ausschuß nimmt den Staatsvertrag einstimmig an. Er ist sich einig, daß die Begründung zu Artikel 5 entsprechend der Vorlage 11/507 geändert und der Begründung zu Artikel 1 der Satz "Hierbei wirkt der Leiter der Verbindungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Landesregierung Brandenburg mit." angefügt wird. Des weiteren schlägt er dem Landtag eine Protokollnotiz vor, nach der er davon ausgehe, daß das Land Brandenburg bei seinen Einstellungsentscheidungen Maßstäbe zugrunde lege, die denen in Nordrhein-Westfalen vergleichbar seien. Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Burger (SPD) bestimmt. Schließlich erklären die Fraktionen, auf Entschließungsanträge im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag zu verzichten.

Hauptausschuß
13. Sitzung

18.04.1991
sr-ma

Seite

- 2 **Gesetz zur Zuordnung von Übertragungskapazitäten und zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (3. Rundfunkänderungsgesetz)** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1338

In Verbindung damit:

Frequenzvergabe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1208

Der Ausschuß kommt auf Antrag von CDU, F.D.P. und GRÜNEN überein, am 2. Mai, 14.00 Uhr, zu dem Gesetzentwurf, dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Änderungsantrag und den eingegangenen Zuschriften eine Anhörung nach § 32 GO unter Beteiligung von Vertretern der LfR, des Deutschlandfunks, des WDR, des Verbandes Lokaler Rundfunk und der Deutschen Bundespost TELEKOM sowie eines von der F.D.P. noch zu benennenden Vertreters für die privaten Veranstalter durchzuführen.

3 Errichtung des Nationalparks Senne 11

**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/796**

**Der Ausschuß beschließt einstimmig die folgende
Beschlüßempfehlung:**

**Nach Beendigung der militärischen Nutzung soll
unverzüglich ein Nationalpark Senne geschaffen
werden. Der Landtag fordert die Landesregierung
auf, die dafür notwendigen Schritte zu unternehmen.**

**Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Ausschuß, den
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN bei der Umsetzung
der Beschlüßempfehlung zu beachten und ihn bei der
weiteren Vorgehensweise der Landesregierung als
Material zu verwenden.**

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Vorsitzende den Ausschuß über Einzelheiten der vom 17. bis 19. Juni stattfindenden Reise nach Potsdam in Kenntnis.

Was die Bildung der in der gemeinsamen Erklärung festgelegten Kommission angehe, so schlage er eine Zusammensetzung im Verhältnis 3 : 2 : 1 : 1 vor, wobei bei Verhinderung eine Vertretung durch ein Mitglied des Hauptausschusses möglich sein solle. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Des weiteren informiert der Vorsitzende den Ausschuß über Details der Reise zur Funkausstellung am 5. und 6. September. Am 4. September werde der Rundfunkrat des WDR in Berlin ein Gespräch mit dem Rundfunkbeirat führen. Wenn bei Mitgliedern des Hauptausschusses Interesse bestehe, an diesem Gespräch teilzunehmen, seien sie dazu eingeladen.

Die in Aussicht genommene Informationsreise "Film" nach Warschau und Prag solle vom 6. bis 12. Oktober stattfinden; dabei sollten auch im oberschlesischen Industriegebiet Gespräche geführt werden.

Der Ausschuß beschließt einstimmig, die Reise zu dem genannten Termin durchzuführen.

Abgeordneter Büssow (SPD) bittet darum, noch einmal das Gespräch mit den Fraktionssprechern aufzunehmen, sobald ein Programmvorschlag erarbeitet sei.